



## Kapital und Ideologie

Thomas Piketty | C. H. Beck © 2020

Man soll sich Thomas Piketty als optimistischen Menschen vorstellen. Darauf besteht der „Kartograf der Ungleichheit“, wie ihn die *Zeit* nannte, gleich zu Beginn seines weltumspannenden, 1300 Seiten starken Werkes – der Fortsetzung von *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. Denn trotz Klepto-Kapitalismus, linker Bildungsgewinnler und identitärer Irrwege hofft der französische Starökonom ungebrochen auf eine baldige Umkehr. Entsprechend liefert Piketty neben einer beeindruckenden Analyse auch durchdachte Lösungsvorschläge.

### Take-aways

- Ungleichheit ist nicht naturgegeben, sondern wird von Menschen gemacht und gerechtfertigt.
- Die Französische Revolution nahm den Eliten einige Privilegien, ließ aber andere unangetastet.
- Mit der Heiligsprechung des Eigentums wurde die Menschenwürde nachrangig.
- Durch die Kolonialisierung wurde Ungleichheit exportiert.
- Im 20. Jahrhundert führten gezielte politische Maßnahmen zu einer vorübergehenden Reduzierung der Ungleichheit.
- Im ideologisch aufgeheizten Klima während des Kalten Krieges hatten weiter gehende Maßnahmen keine Chance.
- Heute wird Ungleichheit als notwendiges Übel akzeptiert.
- Die gemäßigte Linke und die gemäßigte Rechte sind zu abgehoben, um noch die Interessen der Mittel- und Unterschicht zu repräsentieren.
- Im Kampf gegen die Ungleichheit können EU-weite Steuern auf Körperschaften, hohe Einkommen, große Vermögen und CO<sub>2</sub> helfen.
- Weitere Ansätze sind eine einmalige Kapitalausstattung junger Erwachsener oder eine forcierte Vermögenszirkulation.

## Zusammenfassung

### **Ungleichheit ist nicht naturgegeben, sondern wird von Menschen gemacht und gerechtfertigt.**

Ungleichheit bereitet uns Unbehagen. Deshalb suchen wir nach Rechtfertigungen für sie. Eine beliebte Erzählung lautet, dass im modernen Kapitalismus Ungleichheit die Folge unterschiedlicher Verdienste, Fähigkeiten und Talente sei. Kurz gesagt: Arme sind selbst schuld. Doch wie tragfähig sind diese und andere Geschichten? Und was sind ihre Vorgeschichten? Jede Rechtfertigung von Ungleichheit ist sozial konstruiert. Sie lässt sich deshalb de- und rekonstruieren.

*„Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit.“*

Tatsächlich hat die Menschheit in der jüngsten Vergangenheit enorme Fortschritte gemacht. Wir leben länger, sind gesünder, wohlgenährter und gebildeter denn je. Doch während die Sterblichkeit von Kindern unter einem Jahr in den reichen Ländern bei 0,1 Prozent liegt, erreicht sie in den ärmsten Ländern Afrikas knapp 10 Prozent. Nichts in der Geschichte der Sklaverei, des Kolonialismus, der Industrialisierung und zweier Weltkriege deutet darauf hin, dass extreme Ungleichheit jemals ein Motor des Fortschritts war. Das Gegenteil ist der Fall: Der Fortschritt befördert Ungleichheit.

### **Die Französische Revolution nahm den Eliten einige Privilegien, ließ aber andere unangetastet.**

Eine beliebte Geschichte besagt, dass die Französische Revolution von 1789 einen radikalen Bruch mit dem Gesellschaftssystem aus Klerus, Adel und Proletariat darstellte. Die neue, „proprietary“ Ordnung stellte erstmals Eigentum – wenn es vertraglich begründet war – unter staatlichen Schutz, der theoretisch für alle galt. Doch die Unterscheidung in vertraglich und nicht vertraglich begründetes Eigentum fiel in der Praxis schwer. Die Privilegien der alten Eliten wurzelten oft in gewalttätiger Aneignung. Also blieben viele ihrer Ansprüche unangetastet, obwohl sie in keiner Weise auf Verträgen beruhten. Aus Angst vor Chaos verhallten Rufe nach einer progressiven Besteuerung ungehört. Zwar lösten neue Eliten die alten ab. Doch die Vermögenskonzentration blieb hoch und stieg gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf ein Niveau, das sogar über dem des Ancien Régime lag.

### **Mit der Heiligsprechung des Eigentums wurde die Menschenwürde nachrangig.**

Mit der Säkularisierung und dem Niedergang der Religion entstand eine spirituelle Leere. Gefüllt wurde sie durch die „Heiligsprechung“ des Eigentums. So erhielten etwa 4000 britische Sklavhalter nach der Abschaffung der Sklaverei steuerfinanzierte Entschädigungen im heutigen Gegenwartswert von rund 30 Millionen Euro pro Kopf.

*„Die Sakralisierung des Privateigentums ist im Grunde eine natürliche Reaktion auf die Angst vor der Leere.“*

Frankreich trieb dieses Kalkül im Fall Haitis noch weiter: Nachdem sich die dortigen Sklaven selbst befreit hatten, wurde das Land 1825 gezwungen, die ehemaligen Sklavenbesitzer mit einer Summe im heutigen Gegenwert von etwa 40 Milliarden Euro zu entschädigen. Erst 1950 hatte Haiti die Reparationen endgültig bezahlt. Niemand kam jedoch auf die Idee, ehemalige Sklaven für erlittenes Leid und Jahrhunderte unentgeltlich geleisteter Arbeit zu entschädigen.

### **Durch die Kolonialisierung wurde Ungleichheit exportiert.**

Sklaverei, gewaltsame Kolonialisierung und asymmetrische Handelsbeziehungen haben Europa reich gemacht und die Industrialisierung erst ermöglicht. Die Kolonisatoren freilich rechtfertigten ihr Tun anders: Beseelt von zivilisatorischem Eifer und von der Ideologie des Eigentums glaubten sie, ein System mitzubringen, das allen offenstand. Tatsächlich aber zementierte es alte Ungleichheiten und schuf neue. 1925 flossen beispielsweise rund 80 Prozent der Bildungsausgaben in Marokko an Schulen für Europäer, die jedoch nur 4 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Zugleich besuchten weniger als 5 Prozent der einheimischen Kinder die Grundschule.

*„Die kolonisierten Bevölkerungen schulterten schwere Steuerlasten, um den Lebensstil derer zu finanzieren, die gekommen waren, um sie politisch und militärisch zu beherrschen.“*

All das hat tiefe Spuren in den ehemaligen Kolonien hinterlassen. Südafrika etwa gehört heute zu den ungleichsten Ländern der Welt. Noch Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid fallen auf Weiße ganze 85 Prozent des obersten Perzentils der Einkommen, obwohl Weiße kaum 10 Prozent der Bevölkerung stellen.

### **Im 20. Jahrhundert führten gezielte politische Maßnahmen zu einer vorübergehenden Reduzierung der Ungleichheit.**

In Europa sank die Ungleichheit zwischen dem Ersten Weltkrieg und 1990 erheblich: Besaßen 1914 die obersten 10 Prozent noch 90 Prozent der Vermögen, betrug dieser Anteil 1990 nur noch 50 Prozent. Diese Entwicklung lässt sich nur zum Teil mit kriegsbedingten Zerstörungen erklären. Viel entscheidender war, dass Politiker beschlossen, Privateigentum antastbar zu machen – etwa durch Enteignungen, Verstaatlichungen, Sonderabgaben auf Kapital, Mietobergrenzen oder Arbeitnehmerbeteiligung in den Betrieben. Hohe Staatsschulden schwanden dahin dank Inflation: Besonders Deutschland und Frankreich trugen ihre Schulden binnen weniger Jahre ab und profitierten dabei von der damaligen hohen Inflationsrate.

*„Die Verlässlichkeit der Eigentumsrechte, die 1914 noch unerschütterlich gewirkt hatte, wich in den 1950er-Jahren einer sozialeren und stärker instrumentellen Sicht auf das*

*Eigentum, nach der das Produktiv- und Investitionskapital der nationalen Entwicklung, der Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit zu dienen hatte.“*

Von allen Maßnahmen aber hatte die Einführung stark progressiver Steuern den größten Einfluss auf den Rückgang der Ungleichheit. In den USA und in Großbritannien lag der durchschnittliche Spitzensteuersatz für Einkommen zwischen 1932 und 1980 bei über 80 Prozent und der für Erbschaften bei mehr als 70 Prozent.

### **Im ideologisch aufgeheizten Klima während des Kalten Krieges hatten weitergehende Maßnahmen keine Chance.**

Im deutschen Grundgesetz von 1949 steht, dass Privateigentum dem Gemeinwohl dienen muss. Bis 1951 wurde die gleichberechtigte Vertretung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen in den Unternehmensleitungen durchgesetzt – gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer. Andere Länder setzten stärker auf Verstaatlichungen oder auf die beständige Zirkulation von Vermögen. Diese drei Wege zur Überwindung des Privatkapitalismus ergänzen einander und können kreativ kombiniert werden. Doch die ideologische Verhärtung während des Kalten Krieges verhinderte solche Experimente.

*„Weil das Sowjetsystem eine Katastrophe war, heißt das nicht, dass man nicht mehr über das Eigentum und seine Überwindung nachdenken darf.“*

Die konservative Revolution der 1980er-Jahre vernichtete die Errungenschaften der Nachkriegszeit zum großen Teil. Das Durchschnittseinkommen der ärmsten Hälfte der US-Bevölkerung stagniert seit Ende der 1960er-Jahre bei rund 15 000 Dollar pro Jahr. Die Ungleichheit in Bildung, Einkommen und Vermögen steigt weltweit, während zugleich Steuerprogression, Wirtschaftswachstum und der Anteil staatlichen Kapitals am Nationalvermögen zurückgehen. Letzterer ist von rund 20 bis 30 Prozent seit den 1980er-Jahren fast auf 0 Prozent gefallen – in den USA und Großbritannien aufgrund der hohen Staatsverschuldung sogar auf unter 0 Prozent.

### **Heute wird Ungleichheit als notwendiges Übel akzeptiert.**

Der Wert des öffentlichen Kapitals wird in der Regel drastisch unterbewertet, worin sich die übermäßige Macht des Privateigentums zeigt. Nach einer gängigen Definition sind im öffentlichen Kapital natürliche Ressourcen wie Luft, Boden, Wasser, mineralische und fossile Ressourcen nicht enthalten. Diese gehören prinzipiell allen Menschen. Dennoch gilt es als legitim, dass manche diesen Kapitalstock deutlich intensiver entwerten als andere, ohne dafür in die Pflicht genommen zu werden. Ein weiteres Beispiel ist die Privatisierung von Wissen: Digitalunternehmen nutzen staatlich finanzierte Grundlagenforschung, um Produkte und Patente zu Geld zu machen, die es ohne gemeinschaftliches Wissen nie gegeben hätte. Zugleich weigern sie sich, die Gemeinschaft an ihren Gewinnen teilhaben zu lassen.

*„Manche Menschen scheinen zu glauben, Bill Gates, Jeff Bezos und Mark Zuckerberg hätten allein die Computer, die Bücher und die Freunde erfunden.“*

Die Folgen sind verheerend: Es gibt eine massive Steuer- und Kapitalflucht gerade aus den ärmsten Ländern der Erde; sinkende Investitionen in Gesundheit und Bildung, niedrigeres Wachstum, eine unkontrollierte und zunehmend unkontrollierbare Finanzwirtschaft, ausufernde Staatsschulden und nicht zuletzt das Erstarken identitärer Bewegungen weltweit. All das ist angeblich alternativlos: Jede Änderung des Status quo würde nach Meinung der Besitzstandswahrer die Büchse der Pandora öffnen und eine zivilisatorische Apokalypse einläuten.

### **Die gemäßigte Linke und die gemäßigte Rechte sind zu abgehoben, um noch die Interessen der Mittel- und Unterschicht zu repräsentieren.**

Seit 1990 nimmt die Ungleichheit wieder zu. Die politische Landschaft wurde seitdem auf den Kopf gestellt: Einst wurden sozialdemokratische Parteien von Arbeitern mit niedriger Bildung gewählt. Heute finden sich hier vor allem Akademiker und Beamte. Die neue, „brahmanische Linke“ – bestehend aus Angehörigen der intellektuellen Elite – ist in die Mitte gerückt und macht dort gemeinsame Sache mit der „kaufmännischen Rechten“, der vor allem die wirtschaftliche Elite angehört. Zwar sind sich beide Lager oft uneins: Der linke Flügel der Brahmanen plädiert für mehr Umverteilung, der rechte für mehr Marktorientierung – und die Kaufleute spalten sich in einen marktorientierten und einen nationalistischen Flügel. Einig sind sie sich jedoch in der Überzeugung, das Erreichte redlich verdient zu haben.

*„Die ‚brahmanische Linke‘ glaubt an persönlichen Einsatz und schulische Leistungen; die ‚kaufmännische Rechte‘ an persönlichen Einsatz und geschäftliche Leistungen.“*

Menschen, die zu keiner der beiden Gruppen gehören, wenden sich identitären und nationalistischen sowie sogenannten sozialnativistischen Parteien zu. Diese verfolgen eine egalitäre Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Mehrheitsbevölkerung unter Ausschluss von Minderheiten und Migranten. Manche erklären diese Tendenz mit einem tief verwurzelten Rassismus der Unterschichten. Doch damit verwechseln sie Ursache und Wirkung. Tatsächlich missbrauchen nativistische Bewegungen das Gefühl jener Menschen, von der Linken verlassen worden zu sein.

### **Im Kampf gegen die Ungleichheit können EU-weite Steuern auf Körperschaften, hohe Einkommen, große Vermögen und CO<sub>2</sub> helfen.**

Es gibt Auswege aus der sozialnativistischen Falle: Die EU-Staaten müssen ihren ruinösen Steuerwettbewerb beenden und Maßnahmen durchsetzen, die den unteren und mittleren Schichten überall zugutekommen. Heute kann ein Land wie Luxemburg mit seinen 500 000 Einwohnern (das sind 0,1 Prozent der EU-Bevölkerung) Unternehmensgewinne von der Steuer befreien und so anderen Staaten die entsprechenden Einnahmen abgraben. Eine Lösung wäre, die Steuerhoheit auf eine neu zu gründende europäische Versammlung zu übertragen. Diese würde gemein-

schaftliche Steuern auf Körperschaften, hohe Einkommen, große Vermögen und CO<sub>2</sub> erheben. Die daraus resultierenden Einnahmen könnten in der Höhe von 4 Prozent des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts liegen und zur Hälfte an die Haushalte der beteiligten Staaten zurückfließen. Die andere Hälfte könnte in Forschung, Bildung, Migration und die Energiewende investiert werden. Die mittleren und unteren Schichten müssten davon überzeugt werden, dass europäische Steuer-solidarität und Klimagerechtigkeit in ihrem eigenen Interesse sind.

### **Weitere Ansätze sind eine einmalige Kapitalausstattung junger Erwachsener oder eine forcierte Vermögenszirkulation.**

Vollkommene Gleichheit ist weder möglich noch erstrebenswert. Doch eine gerechte Gesellschaft muss den Menschen gleichen Zugang zu Grundgütern wie Unterkunft, Bildung, Gesundheit, poli-tischer und kultureller Teilhabe garantieren. Wie man einen solchen „partizipativen Sozialismus“ im Einzelnen gestalten will, muss diskutiert und immer wieder an Erfahrungen angepasst werden. Folgende Maßnahmen ließen sich umsetzen:

- **Mehr Arbeitnehmerrechte in Unternehmen:** Beschäftigte erhalten die Hälfte der Stimmrechte in wichtigen Entscheidungsgremien. Für Großaktionäre greift ein Höchststimmrecht, um Machtkonzentration zu vermeiden. Solche Mitbestimmungsregeln gibt es bereits in Deutschland und Skandinavien.
- **Eigentum auf Zeit:** Es werden wieder progressive Einkommens- und Erbschaftssteuern mit Spitzensätzen von 70 bis 90 Prozent eingeführt, ergänzt durch eine jährliche, stark progressive Eigentumssteuer.
- **Mindestkapitalausstattung:** Eigentums- und Erbschaftssteuern finanzieren eine „Erbschaft für alle“. Dabei wird jeder Erwachsene im Alter von 25 Jahren mit einem Kapitalvermögen ausgestattet. Dieses speist sich aus den Einnahmen einer Eigentums- und Erbschaftssteuer, die zusammen 5 Prozent des Nationaleinkommens ausmachen. Das Kapitalvermögen würde etwa 60 Prozent des Durchschnittsvermögens entsprechen.
- **Einrichtung eines öffentlichen Finanzkatasters:** Steuerbehörden sind so in der Lage, Informationen über Nettovermögen – also Aktiva minus Schulden – länderübergreifend auszutauschen.
- **Sicherung des Sozialstaats:** Indirekte Steuern wie Mehrwertsteuern werden abgeschafft. Eine progressive Einkommenssteuer (einschließlich Sozialabgaben), die etwa 45 Prozent des Nationaleinkommens einbringen würde, finanziert ein Grundeinkommen, Bildung, Gesundheit, Arbeitslosen- und Familiengeld sowie Renten.
- **Globale progressive CO<sub>2</sub>-Steuer:** Je mehr CO<sub>2</sub> jemand produziert, desto höher ist die Steuer. Die Einnahmen fließen an Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zurück.
- **Gerechtere Bildungschancen:** Jedes Kind hat Anrecht auf die gleiche Investition in seine Schul- und Hochschulbildung bzw. Aus- und Fortbildung. Zugangsverfahren zu Topbildungseinrichtungen werden transparenter und egalitärer gestaltet.

- **Gutscheine für demokratische Gleichheit:** Jeder Bürger erhält Geldgutscheine, die er Parteien, Bewegungen oder gemeinnützigen Organisationen seiner Wahl spenden kann. Steuererleichterungen für Parteispender und Philanthropen werden gestrichen.
- **Globaler Sozialföderalismus:** Handelsabkommen werden um Regeln zu Arbeits-, Umwelt- und Steuerfragen ergänzt. Transnationale Versammlungen regulieren die globale Verteilung öffentlicher Güter, Steuergerechtigkeit und den freien Personenverkehr.

*„Die Idee, es gebe strikt privates Eigentum und weiterhin Formen eines naturwüchsigen und unverbrüchlichen Anrechts bestimmter Personen auf bestimmte Güter, hält keiner Analyse stand.“*

Viele der erforderlichen Mechanismen zur Kooperation und Umverteilung sind heute freilich noch Wunschdenken. Doch genau das Gleiche hätte man am Vorabend des Ersten Weltkriegs auch über das Frauenwahlrecht, die Steuerprogression oder den europäischen Einigungsprozess gesagt. Damals wie heute gilt: Nur wer Wünsche denkt, kann Alternativen gestalten.

## Über den Autor

**Thomas Piketty** ist Professor an der Paris School of Economics und Autor des internationalen Bestsellers *Das Kapital im 21. Jahrhundert*.



Hat Ihnen die Zusammenfassung gefallen?

[Buch oder Hörbuch kaufen](http://getab.li/38982)

<http://getab.li/38982>